

Aufklärung beim Friseur

Projekt zum Thema
Organspende in London

FRANKFURT. Friseursalons sind ein Faszinosum: Obwohl es eigentlich deprimierend ist, sich mit Lockenwicklern oder Strähnchenfolie auf dem Kopf öffentlich zu zeigen, führen vor allem Frauen im Salon ihres Vertrauens intensive Gespräche. Und das mit einer Person, die meist nicht zum Freundeskreis zählt. Nach dem Motto: Wer mir den Kopf waschen darf, dem lege ich die Gedanken offen, die sich darin verbergen.

Diese distanzierte Intimität macht sich im Großraum London ein Projekt zu eigen, in dem Friseurinnen wie Ireena Mwanza darin geschult werden, mit Kunden über Organspende zu sprechen. Mwanza, die ein Geschäft in Romford in der Grafschaft Sussex führt, war sofort dabei – sie hat miterlebt, wie der Vater eines Freundes zu lange auf ein benötigtes Organ warten musste und starb. „Bei manchen Schwarzen herrscht Unsicherheit, was sie von der Organspende halten sollen“, sagt Mwanza. Sie entgegnete dann: „Wenn dein Leben in Gefahr wäre, würdest du dir nicht wünschen, dass dich jemand rettet?“

Die Idee zu „Hair2Debate“ hatte Abiola Okubanjo. 2017 gründete die ehemalige Investmentbankerin die gemeinnützige Organisation Action On Blood. Sie setzt sich dafür ein, dass Menschen, die nicht der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören, Blut, Stammzellen und auch Organe spenden. Denn Schwarze, Asiaten – besonders aus der indischen Community – sowie Angehörige anderer Minderheiten, die mehr als 20 Prozent der britischen Bevölkerung ausmachen, spenden seltener als die weiße Bevölkerung. Das hat negative Auswirkungen. Denn das Spenden beruht auf der Solidarität mit allen Mitmenschen. Zudem verringern sich innerhalb der Ethnien die Chancen, einen passenden Spender zu finden. Patienten aus ethnischen Minderheiten, die eine Organspende benötigen, warten länger als weiße Patienten und haben daher eine höhere Sterblichkeitsrate.

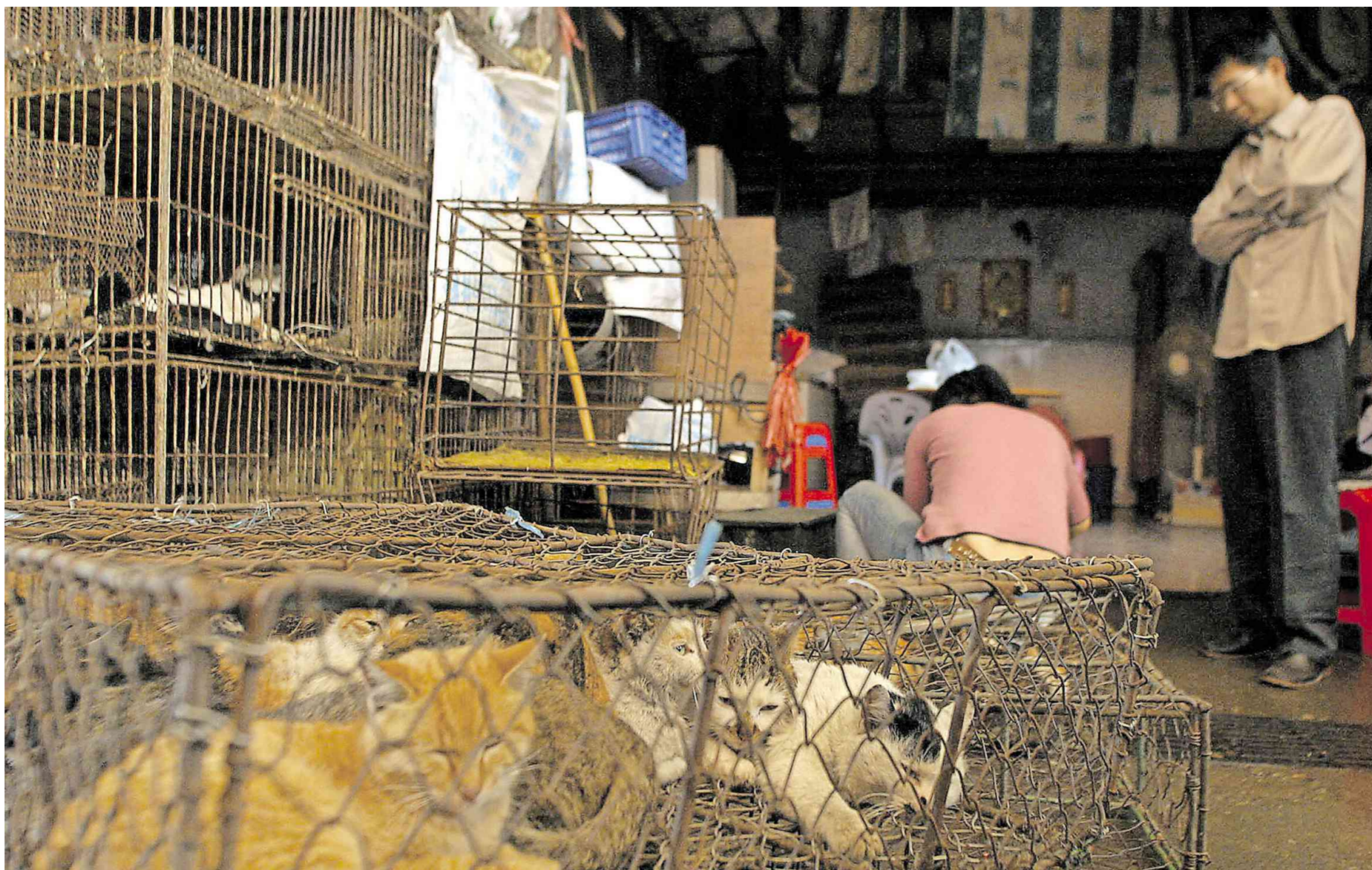
Die Ergebnisse einer Transplantations sind bei Niere, Bauchspeicheldrüse und Herz im Langzeitverlauf umso besser, je höher die Übereinstimmung bestimmter Merkmale bei Spender und Empfänger ist. Deren Häufigkeit variiert genetisch. Je enger verwandt Ethnien sind, desto ähnlicher ist die Häufigkeitsverteilung dieser Merkmale.

Die wichtigste Ursache für die verbreitete Voreingenommenheit sieht Gurch Randhawa, Professor für Public Health an der Universität in Bedfordshire und selbst indischstämmig, im mangelnden Vertrauen vieler Einwandererfamilien in das britische Gesundheitssystem. Teilweise gehe man auch fälschlicherweise davon aus, dass die Religion gegen eine Organspende spreche. Um diese Bevölkerungsgruppen für eine Spende zu gewinnen, sei eine staatliche Förderung von Initiativen, die aus den Gemeinschaften stammen, sinnvoll. Diese Erkenntnis sollte auch beim Werben für die Impfung gegen Covid-19 berücksichtigt werden.

Ireena Mwanza konnte wie die anderen Teilnehmer von „Hair2Debate“ wegen der pandemiebedingten Salonschließungen im vergangenen Jahr weniger Aufklärungsgespräche über Organspende führen als erwartet. Trotzdem ist sie sicher, bereits jetzt zu einer Veränderung des Meinungsbilds beigetragen zu haben. „Allein schon, dass ich die Poster aufgehängt und meinen Kunden gesagt habe, dass ich an den Sinn von Organspende glaube, hat ein paar von ihnen überzeugt.“ Auch die Initiatorin Abiola Okubanjo zieht ein positives Fazit: „Ziel des Projekts war, einen sicheren Raum zu schaffen, in dem Menschen über das sprechen können, was sie rund um das Thema Organspende bewegt. Das haben wir erreicht.“ EVA SCHLÄFER

Serienmörder Fourniret ist tot

F.A.Z. PARIS. Der französische Serienmörder Michel Fourniret ist tot. Der Neunundsiebzigjährige starb am Montag gegen 15 Uhr im Krankenhaus, wie die Staatsanwaltschaft in Paris berichtete. Zuvor war bekannt geworden, dass Fourniret schon Ende April ins Pariser Krankenhaus Pitié Salpêtrière gebracht worden war. Fourniret, von Medien auch „Monster der Ardennen“ genannt, und seine frühere Frau Monique Olivier waren im Mai 2008 zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden. Fourniret hatte mehrere junge Mädchen und Frauen in Frankreich und Belgien entführt, vergewaltigt und ermordet. Seine damalige Ehefrau half ihm bei der „Jagd auf Jungfrauen“. Im Jahr 2018 wurde er wegen eines weiteren Mordes an einer Frau zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Zuletzt hatte er auch eine Mitschuld am Verschwinden einer Neunjährigen im Pariser Großraum vor 18 Jahren eingestanden. Mehrere polizeiliche Suchaktionen nach der Leiche von Estelle Mouzin blieben jedoch erfolglos.



Ein Bild der Vergangenheit? In der Provinz Guangdong war Katzenfleisch sehr beliebt – heute gehen Tierschützer und auch die Regierung gegen den Handel vor.

Foto AFP

Kampf den Katzenjägern

In Schanghai werden wohlgenährte Hauskatzen entführt und für den Verzehr in den Süden geschmuggelt. Nun eilen Freiwillige zur Rettung.

Von Hendrik Ankenbrand, Jiangmen/Schanghai

Der Geruch sei einzigartig, sagt Herr Leung, als er auf die Autobahn einbiegt. Dieser Duft, wenn er dem Topf entweicht. Mit keinem anderen Tier vergleichbar. „Hier im Süden haben wir ein Sprichwort“, sagt Leung. „Sogar Gott wird schwach bei Katzenfleisch.“

Doch der Fahrer Leung ist in dieser Geschichte nicht der Übeltäter. Hier, in der südchinesischen Provinz Guangdong, wurden auf dem Tiermarkt in Jiangmen noch Anfang März Katzen zum Verzehr verkauft. Deren Fleisch galt lange Zeit im Süden Chinas als Spezialität. Als Herr Leung jung war, gab es Katzenfleisch zum Abendessen. Seit mehr als zehn Jahren habe er aber keine Katze mehr gegessen. Auch kein Hundefleisch, seitdem er selbst einen Hund hält. „Es gibt so viele andere Tiere“, sagt Leung. Schweinefleisch könne auf 100 verschiedene Arten zubereitet werden. „Ich verstehe diese Leute nicht, die immer noch Katze essen.“

Diese Leute, das sind zum Beispiel Leungs Freunde, die sich „ab und an“ eine Katze gönnen. Besonders gern eine Katze aus Schanghai, der reichsten Stadt des Landes, die 1500 Kilometer weiter nördlich liegt. Die Katzen waren bis vor Kurzem der Verkaufsschlager hier im Süden.

Eineinhalb Stunden dauert die Fahrt aus der Millionenmetropole Guangzhou bis auf den Tiermarkt in Jiangmen. Die Stadt hatte um die Jahrtausendwende 500 000 Einwohner, heute sind es schon fast fünf Millionen. Es gibt acht Autobahnzubringer und zwei Containerhäfen, um aus den zahlreichen Produktionshallen Autoteile, Textilien, Papierwaren, Schiffschrauben, Nahrungsmittel und andere Produkte in die Welt zu transportieren. Guangdong ist das wirtschaftliche Kraftzentrum des Landes, in dem viele

Menschen reich geworden sind. 2020 übertraf die Wirtschaftsleistung der Provinz die des Landes Südkorea.

Reicher sind die Menschen nur noch in Schanghai. „Das Leben dort ist besser“, sagt Herr Leung. Sogar Straßenzentren würden in der reichen Wirtschaftsmetropole von Passanten gefüttert und schön fett. Von den Hauskatzen reicher Leute ganz zu schweigen.

Huang Diandian („Gelbe Punkte“) war so eine Schanghaier Katze, gut genährt und verwöhnt. Anfang März kam sie irgendwann nicht mehr zu ihrer Besitzerin zurück nach Hause. Doch die hatte ihrem Haustier ein Halsband mit GPS-Sender umgehängt. Am 5. März zeigte der Sender den neuen Standort von Huang Diandian an: den Tiermarkt in Jiangmen, 1500 Kilometer weiter südlich. Zwei Tage später erlosch das Funksignal.

In Schanghai berichtete ein Blog über den Fall. Eine Welle der Empörung rollte durch Chinas Internet. Der Eintrag „Katzenschmuggel in Jiangmen“ im Kurznachrichtenkanal Weibo wurde 140 Millionen Mal gelesen. Das Staatsfernsehen berichtete. Dass Hauskatzen in der Stadt auf offener Straße entführt würden und im Süden in den Kochtöpfen landeten, sei kein Einzelfall, sondern „sehr üblich“, sagt ein Tierschützer der F.A.Z. Seinen Namen will er nicht in der Zeitung lesen. Das Thema sei heikel. Die Feinde Chinas könnten es gegen das Land verwenden.

Überall in China machten sich Freiwillige auf nach Jiangmen, um die Tiere zu retten und den Ruf der Nation dazu. Am 7. Mai erschien die Polizei auf dem Tiermarkt und schloss alle Stände, die Katzen und Hunde verkaufen. Am nächsten Tag trat die Bezirksregierung auf den Plan und

ließ den Markt absperren. Das Büro für Landwirtschaft sandte Beamte, ein Veterinär war dort. Am 10. März meldete die Regierung, sie habe 233 Katzen und 18 Hunde befreit, tierärztlich versorgt und in eine neue Unterkunft überführt.

Zwei Tage später sind viele Stände noch immer geschlossen. Von Katzen ist nichts zu sehen, dafür gibt es lebende Hühner, Enten, Gänse, Schildkröten. In einer Ecke blöken Schafe. Es riecht so, wie man es von einem Tiermarkt mit 100 000 Quadratmeter Fläche und 335 Ständen erwartet.

Eine Frau mit Strohhut bietet Masthähnchen. Die Frage nach den Katzen beantwortet sie mit einem Lächeln, damit habe sie nichts zu tun. So geht das an jedem Stand. An zweien sind die Rolläden heruntergelassen, auf den Schloßern klebt das Siegel der Marktaufsicht. An einer Wand hängt ein riesiges rotes Spruchband: „Der Verkauf von Wildtieren ist von Staats wegen strengstens untersagt.“

Ein paar Tage später wird die Lokalregierung mitteilen, sie habe alle 275 Lebensmittelmärkte in der Stadt untersucht. Insgesamt habe sie zwölf Händler entdeckt, die „Katzen ohne Quarantänenachweis“ angeboten hätten und sich nun vor dem Gesetz verantworten müssten. Auch habe man 1623 Restaurants in Jiangmen untersucht und sieben gefunden, die „illegale Aktivitäten“ betrieben hätten.

Die Tierschützer bleiben in der Stadt. Sie wollen Beweise, dass es den Katzen und Hunden gut geht. Wie ein Land mit Tieren umgehe, bestimme sein Ansehen in der Welt, sagt ein Freiwilliger. Das wisse man nicht erst seit dem Ausbruch des Coronavirus auf dem Wildtiermarkt in Wuhan Ende 2019. „China ist ein zivilisierter Staat.“ Als er hört, dass es ein Journalist ist, mit dem er spricht, will er das Gespräch lieber beenden.

Problemprinz tötet Bären

Emanuel von und zu Liechtenstein unter Verdacht

WIEN. Ein erschossener Bär beschäftigt die Staatsanwaltschaft in Rumänien. Demnach soll ein ausländischer Staatsbürger das Tier widerrechtlich erlegt haben. Zum Zorn über die Angelegenheit scheint beizutragen, dass es sich bei dem Jäger (respektive Wilderer, wie Kritiker behaupten) um einen Adligen handelt, womit alle Voraussetzungen für eine griffige Geschichte erfüllt sind: Hohes Tier tötet armes Tier. Der Beschuldigte bestreitet die Vorwürfe indes.

Die österreichische Kronen-Zeitung fasste die Angelegenheit in gewohnt packender Art zusammen: „Abgeknallter Braunbär. Prinz zur Jagd-Affäre: ‚Diente der Gefahrenabwehr.‘“ Im Mittelpunkt der Geschichte steht, vom Bären abgesehen, Prinz Emanuel von und zu Liechtenstein. Der hat laut „Krone“ schriftlich versichert, bei der Bären-tötung, die sich schon im März ereignet hatte, sei alles rechtmäßig vorgegangen: „Nachdem ein Bär häufig in Siedlungen vorgegriffen ist, wurde er von den zuständigen rumänischen Behörden als gefährlich eingestuft und zum Abschuss freigegeben. Die Berechtigung zur Jagd habe ich legal von den zuständigen Behörden erworben und ausgeübt“, zitiert das Blatt aus dem Schreiben. Das „Problem“ sei demnach in etwa 250 Meter Entfernung von einem Dorf erlegt worden.

Tierschützer stellen die Sache anders dar. Demnach hat der „Problemprinz“ den falschen Bären erschossen. Zum Abschuss freigegeben war angeblich eine Bärin, die mehrfach in von Menschen bewohntes Gebiet vorgegriffen war. Der Prinz soll aber einen 17 Jahre alten Braunbären namens Arthur erlegt haben.

Das bestreitet der Jäger. Vertreter von Tierschutzvereinen wollen wissen, der Prinz habe eine Gebühr von 7000 Euro gezahlt, um die Bärin schießen zu dürfen, stattdessen aber Arthur getötet, der so groß und massig gewesen sei, dass man ihn unmöglich mit einer Bärin habe verwechseln können. Dem Prinzen, so die Aktivisten, sei es um die eindrucksvolle Trophäe gegangen. Er habe sich damit der Wilderei schuldig gemacht.

Der rumänische Umweltminister Barna Tănăzcos äußert sich verständlicherweise nicht zu den laufenden Ermittlungen, betonte aber, dass es im Land tatsächlich Bären gebe, die Probleme verursachten. Gleiches lässt sich von Adligen nicht sagen – die gibt es in dem einst kommunistischen Balkanstaat schon lange nicht mehr. MICHAEL MARTENS



Erlegt: Bär Arthur im Jahr 2019 Foto EPA

Fülle des Wohllauts

Die beliebtesten Vornamen des Jahres 2020 klingen gut

Es fällt nicht schwer, sich auf diese Namen einen Reim zu machen: Emilia, Hannah/Hanna, Emma, Sophia/Sofia, Mia, Lina, Mila, Ella, Lea/Leah, Clara/Klara – das sind, in dieser Reihenfolge, die beliebtesten Mädchennamen des vergangenen Jahres, wie die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) am Montag bekannt gab. Alles hat ein Ende: Die am häufigsten vergebenen Namen für neugeborene Mädchen enden auf „a“.

Für die so kurzen wie weichen und sanft endenden Mädchennamen gibt es Gründe. Zunächst einmal hat der Soziologe Jürgen Gerhards in seiner Studie „Die Moderne und ihre Vornamen“ (2003) am Beispiel der Städte Gerolstein und Grimma für das 20. Jahrhundert die Großtrends Säkularisierung, Enttraditionalisierung, Individualisierung und Globalisierung nachgewiesen. Noch Ende des 19. Jahrhunderts waren 85 Prozent der vergebenen Vornamen deutsch oder christlich. Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg lockerten sich die Grenzen immer mehr auf. Zunehmend setzten sich andere Trends durch, zuletzt vor allem die Euphonie. Der Hang zum Wohlklang erklärt den sanften Auslaut: Das „a“ gibt es in fast allen Lautsystemen der Welt, der Selbstlaut ist leicht auszusprechen, international verständlich, universell anschlussfähig.

Die Mainzer Sprachwissenschaftlerin Damaris Nübling hat weitere Erklärungsansätze für die euphonischen Namen. Die Eltern aller der Sophias, Mias und Leas haben keine Angst vor dem Hiatus, also zwei aufeinanderfolgenden Vokalen, die verschiedenen Silben angehören. Der „Maoam-Effekt“, wie Nübling

ihn nennt, war 1945 nur bei Marion und Michael zu erkennen, weitete sich dann über Christian und Florian aus und ist nun bei beiden Geschlechtern in voller Schönheit angekommen: Vokale sind beliebt, weil sie schön tönen.

Das sieht man auch bei den Jungen. Noah, Leon, Paul, Mat(t)(h)eo, Ben, Elias, Finn, Felix, Henry/Henri, Louis/Luis: Die zehn Jungennamen, die in dieser Reihenfolge im vergangenen Jahr am häufigsten vergeben wurden, haben nicht nur einige Hiatus zu bieten. Noch etwas fällt auf: Es gibt – außer bei Henry – keine Konsonantencluster mehr, also kein hartes Aufeinandertreffen zweier Mitlaute wie etwa bei Alexander. Das trägt zu dem Eindruck bei, dass sich die Jungen den Mädchen über den Wohlklang annähern: Lea und Leon, Ella und Elias – so ganz weit sind sie lautlich nicht mehr voneinander entfernt. Auch die Karriere des hellen Vokals „i“, der bisher eher nach Mädchen klang, stützt die Vermutung, dass in der Vergabe von Vornamen ein Unisex-Trend herrscht.

Die GfdS, die Daten von mehr als 700 Standesämtern mit insgesamt etwa einer Million Namensentwürfen ausgewertet, macht auch regionale Unterschiede aus: Die so beliebte Sophia/Sofia taucht im Norden Deutschlands nicht einmal unter den Top Ten auf; dort wiederum gehören Ida und Mila zur Spitzengruppe, die im Süden selten zu hören sind. Und bei den Jungen erscheint Finn, der beliebteste Nord-Name, im Süden nicht einmal unter den beliebtesten zehn. Sofia, Ida, Mila, Finn: sogar den Vornamen mit regionaler Färbung kommt es auf den Wohlklang an. ALFONS KAISER

Mehr Anfragen zu häuslicher Gewalt

bub. BERLIN. Die Zahl der Beratungen am Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ ist im vergangenen Jahr klar gestiegen. Es gab rund 51 400 Beratungen, ein Anstieg um 15 Prozent im Vergleich zu 2019, wie aus dem Jahresbericht der Beratungsstelle hervorgeht. Die Anfragen zu häuslicher Gewalt nahmen überproportional zu.

„Für viele Frauen ist dieses Hilfefon zum Rettungsanker geworden“, sagte Familienministerin Franziska Giffey (SPD) bei der Vorstellung des Berichts. Die Corona-Pandemie sei eine Ausnahmesituation. Wo ohnehin schon eine belastete familiäre Situation vorliege, komme es eher zu Aggressionen oder Gewalt. Allerdings lassen sich aus den gestiegenen Beratungszahlen keine direkten Rückschlüsse auf gestiegene Fallzahlen ziehen. Während der Pandemie hatte das Hilfefon eine erhöhte Medienpräsenz, sodass es auch deshalb zu mehr Kontaktaufnahmen kam.

Eine Umfrage der Welt am Sonntag bei Innenministerien und Landeskriminalämtern hat allerdings einen Anstieg von Fällen häuslicher Gewalt ergeben. Demnach wurden 158 477 Opfer häuslicher Gewalt durch den Partner oder ehemaligen Partner polizeilich registriert, das ist ein Anstieg von sechs Prozent gegenüber 2019.

Die Frauen Union fordert unterdessen, dass Hass, Hetze und Gewalt gegen Frauen im Netz besser erkannt, umfassend benannt und entschieden bekämpft werden. „Hass und Hetze im Netz sind keine Kavaliersdelikte“, heißt es in einem Beschluss des Vorstands der Frauen Union. Hemmschwellen seien gesunken. „Frauen werden herabgewürdigt, beschimpft, beleidigt und bedroht, nur weil sie Frauen sind.“ Die Frauen Union weist auf die politische Dimension hin: „Frauen sollen mündig gemacht und ihr Einfluss zurückgedrängt werden.“

Annette Widmann-Mauz, die Vorsitzende der Frauen Union, fordert mehr Transparenz: Frauenfeindliche Straftaten müssten künftig in der Polizeilichen Kriminalstatistik eigens erfasst werden. Auf dieser Grundlage müssten Lagebilder erstellt und daraus Handlungsansätze für die Polizei abgeleitet werden. Die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann, Beisitzerin im Bundesvorstand der Frauen Union, spricht sich dafür aus, dass Ermittlungsbehörden gegen Beleidigungen im Netz auch dann vorgehen können, wenn die Betroffenen keinen Strafantrag gestellt haben, es aber ein besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung gibt.

Bedrohung durch Cybercrime

klau. FRANKFURT. Die Bedrohung durch Straftaten über das Internet nimmt in Deutschland weiter zu. Laut dem am Montag vom Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichten „Bundeslagebild Cybercrime 2020“ stieg die Zahl der von der Polizei im vergangenen Jahr registrierten Taten um 7,9 Prozent auf 108 000. Cyberkriminalität sei global organisiert und agiere zunehmend professionell, weshalb die entsprechende Bedrohung auch qualitativ zugenommen habe, hieß es. Nur etwa ein Drittel der Cyberstraftaten konnte laut BKA aufgeklärt werden. Unter Cybercrime im engeren Sinne versteht das BKA „Straftaten, die sich gegen das Internet, informationstechnische Systeme oder deren Daten richten“.

Kurze Meldungen

Tom Jones will Nähe

Der britische Sänger Tom Jones („Sexbomb“) hat eine Urne mit der Asche seiner verstorbenen Frau Linda in seiner neuen Wohnung stehen. „Näher kann ich ihr nicht sein“, sagte der Achtzigjährige am Montag. Dem Umzug von Los Angeles nach London hatte das Paar noch gemeinsam geplant, bevor Linda an Krebs erkrankte und 2016 im Alter von 75 Jahren starb. „Leider hat sie es nicht mehr geschafft. Sie hat zu mir gesagt: Lass mich nicht in Amerika. Ich habe ihr gesagt: Das mache ich nicht. Deshalb ist sie hier bei mir.“ dpa

Tobias Schlegl will helfen

Der Hamburger Moderator und Notfallsanitäter Tobias Schlegl hat abermals seinen Job gewechselt – und hilft nun an Bord der Sea-Eye 4 vor der Küste Libyens. „Ich bin dann mal weg. Und zwar richtig.“ Tausche RTW gegen Schiff. Bin gerade in Burriana, Spanien, an Bord der #SEA-EYE4, auf der ich als Paramedic/Notfallsanitäter bei der Seenotrettung Geflüchteter vor der Küste Libyens helfe“, schrieb er bei Twitter. Es sei unerträglich, dass Menschen in Not im Mittelmeer ertrinken. Er sei nun für mehrere Wochen oder auch Monate unterwegs. dpa